

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 10

Artikel: Zu Ulrich Becks "Risikogesellschaft" : Not ist hierarchisch : Smog ist demokratisch
Autor: Berger, Maya
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340639>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

welt haben, sind zu demokratisieren.

Umkehr erfordert wirksame Massnahmen

Um die dargestellt.

Bei der *Verteilung der Mittel* hat der öffentliche Verkehr an erster Stelle zu stehen. Das bedingt die Abschaffung oder zumindest Lockerung der Zweckbindung der Gelder aus den Treibstoffzöllen und den Zollzuschlägen. Die Schaffung eines einheitlichen Verkehrsfonds für den öffentlichen und den privaten Verkehr – wie ihn die SP im Zusammenhang mit der KVP verlangt hatte – wäre wohl die sinnvollste Lösung zur Finanzierung der Verkehrsträger.

Die SP fordert im weiteren eine *Begrenzung des Strassenbaus*. Beim Bau zusätzlicher Strassen ist darauf zu achten, dass per Saldo Mehrverkehr vermieden

wird. Das schweizerische Autobahnnetz darf zudem nicht weiter ausgebaut werden.

Zweckmässige Massnahmen im Sinne der *Verkehrsberuhigung* sind u.a. Zufahrtsbeschränkungen in den Quartieren, Sperrzonen (z.B. Wohnstrassen), Spurreduktionen zugunsten des öffentlichen Verkehrs und der Velofahrer oder Tempobegrenzungen (Tempo 30 innerorts).

Zur Beschränkung des Individualverkehrs und zur Förderung des öffentlichen Verkehrs sind *finanzpolitische Massnahmen* (u.a. Umlegen von PW-Steuern und obligatorischen Versicherungen auf Treibstoffkosten oder Prüfung der Einführung eines Ökobonusystems) nötig. Im Sinne einer konsequenten Anwendung des Verursacherprinzips verlangt die SP, dass sämtliche vom Individualverkehr verursachten sozialen und Umweltkosten

auch von ihm getragen werden müssen.

Mit der festen Verankerung einer leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe und einer stärkeren Förderung des kombinierten Verkehrs muss eine *Verlagerung des Güterverkehrs* von der Strasse auf die Schiene erreicht werden. Die SP verlangt deshalb auch die Beibehaltung der Gewichtsbeschränkung von 28 Tonnen bei Lastwagen und der gesetzlich normalen Lastwagenbreite von 2,3 Metern.

Die gezielte Förderung des *Fussgänger- und Veloverkehrs* (1986 2,4 Mio. Velos in der Schweiz!) heisst u.a.: Bau von gesicherten Fahrspuren auf allen Ortsverbindungsstrassen, vermehrte Fussgängerzonen, Bevorzugung des Fahrradverkehrs sowie Abschaffung der jährlichen Fahrradkennzeichen.

Zu Ulrichs Becks «Risikogesellschaft»

Not ist hierarchisch – Smog ist demokratisch

Von Maya Berger

Risiken und Katastrophen sind nicht Zufall, sondern das Wesen der modernen Gesellschaft. So lautet eine zentrale These des Buches «Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne» von Ulrich Beck, Professor für Soziologie an der Universität Bamberg. Wir stehen an einer Epochenchwelle: Die «Industrie- oder Klassengesellschaft» befindet sich im Übergang zu einer «Risikogesellschaft», die «Reichtumsproduktion» wird zunehmend dominiert von der «Risikoproduktion». Gefahren und

Katastrophen sprengen die nationalen Grenzen und vereinen uns in einer «Weltgefahrngemeinde». «Vor der Chemie- und Atomwolke sind alle gleich. In diesem Sinne sind Risikogesellschaften gerade keine Klassengesellschaften.» Solche Thesen müssen nicht zuletzt auch an das Grund- und Selbstverständnis der Gewerkschaften rühren.

«Zuvielisation»

Kürzer als mit dieser Spraypalette an einer Hauswand lässt sich kaum ausdrücken, woran

wir zunehmend zu leiden beginnen, was uns zunehmend mit Angst erfüllt. Das Horrorszzenarium einer sich selbst gefährdenden Zivilisation weiter auszumalen ist allerdings nicht Becks Anliegen, noch darf der Untertitel «Auf dem Weg in eine andere Moderne» die falsche Erwartung wecken, es würden hier nun konkrete alternative Wege heraus aus der Sackgasse unserer «Zuvielisation» vorgezeichnet. Es geht hier vielmehr um Diagnosen angesichts globaler Gefährdungslagen, um das Verstehen dessen, was heu-

tige Risiken so grundlegend von früheren Gefahren unterscheidet. Im ersten Teil seines Buches mit dem Titel: «Auf dem zivilisatorischen Vulkan» zeichnet Beck die Konturen der Risikogesellschaft.

«Gesellschaften, die sich mit dem weltgeschichtlichen Novum gesellschaftlich erzeugter Selbstvernichtungsmöglichkeiten allen Lebens konfrontiert sehen, nenne ich Risikogesellschaften.»

Eine erste makabre Konkretisierung und Bestätigung erfahren Becks Thesen, kurz nachdem das Buch in Druck gegangen war, durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Kaum war das Buch auf dem Markt, folgte die Katastrophe in Schweizerhalle. So hat der Begriff «Risikogesellschaft», den es bisher nicht gab, nur allzubald traurige Berühmtheit erlangt.

Gleichzeitig mit den Umweltkatastrophen der letzten Jahre lässt sich auf politischer Ebene ein Wechsel «von rot zu grün» beobachten. Oder, weniger plakativ gesprochen: Innerhalb linker Diskussion beginnt sich seit längerer Zeit ein allmählicher Übergang von sozialen zu ökologischen Problemstellungen abzuzeichnen. Becks Thesen wurden zwar im Zeichen von Tschernobyl und der damit intensivierten Umweltdiskussion bekannt, doch beschränkt sich sein Begriff «Risikogesellschaft» nicht allein auf ökologische Problemstellungen. Vielmehr versucht er – und in diesem Bemühen sehe ich auch sein grösstes Verdienst – Verbindungen herzustellen zwischen sozialen und ökologischen Fragen bzw. Risiken.

«Naturdiskussion ohne Mensch»

Beck kritisiert jene Ökologiediskussion, die ausschliesslich

oder dominant in naturwissenschaftlichen Kategorien und Formeln geführt wird, und wirft ihr vor, sie erkenne nicht, dass den naturwissenschaftlichen «Verelendungsformeln» eine soziale, kulturelle und politische Bedeutung innewohne. Entsprechend bestehe die Gefahr, dass eine in chemisch-biologisch-technischen Kategorien geführte Umweltdiskussion ungewollt den Menschen nur noch als «organische Apparatur» ins Blickfeld rücke. Kurzum, die ganze Problemstellung verkümmere zu einer «Naturdiskussion ohne Mensch». Damit blieben die industriekritischen Argumente im Kern «technokratisch und naturalistisch». Die inbrünstige Beschwörung von Schadstoffgehalten in Luft und Wasser und Nahrungsmitteln, Verhältniszahlen von Bevölkerungswachstum, Energieverbrauch, Nahrungsbedarf, Rohstoffmangel usw. blieben nichtssagend oder unsinnig ohne Einbeziehung sozialer Macht- und Verteilungsstrukturen, Bürokratien, vorherrschender Normen und Rationalitäten. Letztlich werde so die Konfliktsituation, in der wir stehen, reduziert auf die Kontrahenten «Technik und Natur im Sinne von Täter und Opfer» – wobei die konkret handelnden Menschen ausgeklammert bleiben.

«Das alles überragende Merkmal dieser Epoche ist nicht ein physikalisches: die drohende Vernichtung, sondern ein gesellschaftliches: das prinzipielle, fast durchgängige, skandalöse Versagen der Institutionen dieser Bedrohung gegenüber.»

Zentral für die Unterscheidung von Risiko- und Industriegesellschaft kann demzufolge für Beck denn auch nicht allein der technische Umgang mit Risiken sein oder deren veränderte

Qualität und grössere Reichweite, die durch neue Technologien und Rationalisierung produziert werden. Entscheidend ist vielmehr, dass die «gesellschaftlichen Rahmenbedingungen» im Zuge des Modernisierungsprozesses sich radikal verändern. (Der Begriff «Modernisierung», der wesentlich ist bei Beck, umfasst als breitverstandener Oberbegriff technologische Rationalisierungsschübe, Veränderung von Arbeit und Organisation, Wandel der Sozial- und Machtstrukturen und der Wirklichkeitsauffassung usw.)

Die gegenwärtige gesellschaftliche Umbruchsituation wird anhand einer historischen Analogie erläutert: Ähnlich wie mit der Wende ins 19. Jahrhundert Modernisierung, die Lebens- und Arbeitsformen der feudalen Agrargesellschaft aufgelöst und sich die Struktur der Industriegesellschaft herausgeschäl hat, löst weiterschreitende Modernisierung heute die Konturen der entwickelten Industriegesellschaft auf, und es entsteht ein neues gesellschaftliches Gebilde, genannt Risikogesellschaft. Es sei Zeit aufzuräumen mit der Legende, die Industriegesellschaft sei eine moderne Gesellschaft; diese sei erst auf halbem Weg ihrer Verwirklichung. Die endgültige Durchsetzung der Industriegesellschaft bedeute zugleich derer Aufhebung, d.h. Auflösung. Erst das Ende der Industriegesellschaft und der Beginn der Risikogesellschaft wäre demnach die Erfüllung des «Projekts der Moderne», damit aber wäre die «Modernisierung der Barbarei» (Titel von Becks neuem Buch, das voraussichtlich noch dieses Jahr erscheint) vollbracht.

«Jenseits von Klasse und Schicht» beginnt die «kollektive Vereinzelung».

Die gegenwärtige Auflösung bzw. «Enttraditionalisierung» gesellschaftlicher Arbeits- und Lebensformen und die damit neu entstehenden sozialen Risiken weist Beck im 2. Teil seines Buches anhand konkreter sozialer Analysen nach auf den Ebenen der traditionellen Familie, der sozialen Schichtung und im Bereich der Ausbildung. Alle diese Veränderungen stehen laut Beck im Zeichen der «Individualisierung»: So gebe es z. B. in der Familie immer weniger fixe und vorgefertigte Rollen, die zwar einengen können, die vor allem die Frauen eingeengt haben, die aber irgendwie auch Traditionspolster gewesen seien, die bestimmte Sicherheiten gewährten. Ähnliches gelte auch für die soziale Schichtung: Es gebe heute kein richtiges Klassenschicksal mehr, und bei allen verbleibenden Unterschieden fühle man sich heute nicht mehr so sehr als Arbeiter, Kleinbürger, als Bourgeois, sondern trage sein eigenes Schicksal – wenn es auch ein Millionenschicksal sei – zunehmend allein auf dem eigenen Buckel. Damit habe man zwar ein Stück Freiheit gewonnen, gleichzeitig aber auch ein Stück sozialer Heimat verloren.

Risikobewusstsein heisst verwissenschaftlichtes Bewusstsein.

Radikale Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen meint aber laut Beck nicht nur die Auflösung traditioneller Lebens- und Arbeitsformen, sondern auch die Entstehung eines neuen Bewusstseins. Was die Gesundheit beeinträchtigt, die Natur zerstört, entzieht sich immer häufiger und vollständiger dem menschlichen Wahrnehmungsvermögen. Wir müssen die Wissenschaft zu Hilfe nehmen als «Wahrnehmungsorgan» der neuartigen Risiken, wir brau-

chen Theorien, Experimente, Messinstrumente, damit Risiken überhaupt als Gefährdungen «sichtbar» und interpretierbar werden. Das Wissen gewinnt eine neue politische Bedeutung. Allerdings nur dann, wenn zu den blossen Tatsachenaussagen über Gefährdungen «eine kausale Deutung» hinzukommt, d. h. die Erkenntnis, dass Gefährdungen Produkt der industriellen Produktionsweise sind, also systematische Nebenfolgen von Modernisierungsprozessen. In diesem Sinne handelt es sich auch bei alltäglichem Risikobewusstsein immer um ein theoretisches und damit ein «wissenschaftliches Bewusstsein». Weil aber moderne Wissenschaft, im Bunde mit dem siegreichen Industriesystem, bereits konfrontiert ist mit ihrem eigenen Produkt, einer veränderten, gestörten Natur, mit ihrer eigenen «zweiten zivilisatorischen Schöpfung», beginnen die Grenzen von Natur und Gesellschaft zu verschwimmen und damit letztlich auch jene zwischen Wissenschaft und Politik. Der dritte Teil des Buches befasst sich mit dieser «Entgrenzung von Wissenschaft und Politik». Soweit der Versuch eines Überblicks.

«Das Zentrum des Risikobewusstseins liegt nicht in der Gegenwart, sondern in der Zukunft.»

Becks «Risikogesellschaft» ist nicht der grosse Wurf einer neuen Theorie oder eine grundlegend neue Perspektiven eröffnende Denkfigur, wie vielleicht aufgrund einzelner herausgestrichener Thesen oder neuer Begriffsschöpfungen vermutet werden könnte. In erster Linie geht es um eine Zusammenstellung und Zusammenfassung von Erkenntnissen, die nicht unbedingt neu, die aber bisher nicht in gleicher

Weise explizit aufeinander bezogen worden waren – diese Leistung sei nicht unterschätzt. (Nebenbei gesagt: das Literaturverzeichnis umfasst über 400 Titel!) Während das ordnende Categoriesystem bzw. der Knochenbau des Buches manchmal etwas schwerlastig in Erscheinung tritt, findet sich vor allem im einzelnen eine Fülle differenzierter soziologischer Beobachtungen, die durchaus Becks Ansprüchen genügen, es gehe heute darum, «gegen die noch vorherrschende Vergangenheit die sich heute schon abzeichnende Zukunft ins Blickfeld zu heben».

Die folgenden Thesen und Bedenkmale sind herausgegriffen und mehr oder weniger frei zusammenmontiert, um u. a. künftige Aufgaben der Gewerkschaften, deren Selbstverständnis und «Feindbild» ins Blickfeld zu rücken.

1. Not lässt sich ausgrenzen, die Gefahren des Atom- und Chemiezeitalters nicht mehr

Soziale Gegensätze und Hierarchien werden künftig nicht etwa aufgehoben, sondern zunehmend überdeckt und dominiert durch die egalisierende Wirkung der Gefahren. Ihre Gewalt hebt alle Schutzzonen und Differenzierungen auf. Auf eine Formel gebracht: «Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch.» In vielen Bereichen gilt noch das alte Gesetz: Reichtümer sammeln sich oben, Risiken unten. Doch atomare und chemische Gefahren heben die Kategorien auf, in denen wir bisher gedacht und gehandelt haben: Auch die Reichen und Mächtigen sind vor ihnen nicht sicher. Unter dem Dach von Zivilisationsgefahren kommt es früher oder später zur Einheit von Täter und Opfer.

2. Ökologische Entwertung und Enteignung

Wo ein Atom- oder Kohlekraftwerk gebaut oder geplant wird, fallen die Grundstückspreise. Besitz wird entwertet, in schleichenden oder galoppierenden Formen: «ökologisch enteignet». Was vergiftet ist, mag gehören, wem es will. Wir haben es hier also mit einem Fall «sozialer und ökonomischer Enteignung bei rechtlicher Besitzkontinuität zu tun». Gewinn- und Besitzinteressen treiben den Industrialisierungsprozess voran, produzieren aber auch einen Bumerang-Effekt: «Fortschritt» gefährdet nicht nur Natur und Umwelt und das Leben der «anderen», sondern entwertet und enteignet auch Besitz und Gewinn.

3. Modernisierungsrisiken sind «big business»

Sie sind der von den Ökonomen gesuchte unendliche Bedarf, der ewiges Wirtschaftswachstum garantieren und die Gefahr von Überproduktionskrisen tilgen soll. Durch wechselnde Risikodefinitionen können ganz neuartige Bedürfnisse und damit Märkte industriell hergestellt werden. Die Produktion von Risiken bricht also keineswegs mit der kapitalistischen Entwicklungslogik. Risiken sind nicht nur Risiken, sie sind auch Marktchancen. Entsprechend treffen Risikodefinitionen auch nicht – wie oft unterstellt wird – auf einheitliche Ablehnung in der Wirtschaft. Sie treiben vielmehr Keile in das wirtschaftliche Lager hinein. Es gibt immer «Risikoverlierer» und «Risikogewinner». Die atomare Verseuchung schafft Arbeitsplätze in der Geigerzählerindustrie.

Kriege haben bisher u.a. Absatzkrisen «gelöst». In der Risikoproduktion hat der entwickelte Industrialismus die Zerstörungskraft des Krieges generalisiert und normalisiert.

4. Von der Solidarität der Not zur Solidarität der Angst?

Klassengesellschaften bleiben in ihrer Entwicklungsdynamik auf das Ideal der Gleichheit bezogen. Antrieb in der Risikogesellschaft ist das Verlangen nach Sicherheit. Mit dem Übergang von der Klassen- zur Risikogesellschaft kommt ein völlig andersartiges Wertssystem zum Durchbruch: An die Stelle des Wertsystems der «ungleichen» Gesellschaft tritt also das Wertsystem der «unsicheren» Gesellschaft. Charakteristisch für die Klassengesellschaft ist der Satz: «Ich habe Hunger», jener für die Risikogesellschaft aber heisst: «Ich habe Angst.» Noch ist aber völlig unklar, wie die Bindekraft der Angst wirkt. Wie verhält sich die neue Solidargemeinde der Ängstlichen? Treibt Angst die Menschen in Irrationalismus, Extremismus, Fanatismus? Ist Angst vielleicht – anders als materielle Not – ein sehr unsicheres Terrain für politische Bewegungen? Wie können wir auf dem zivilisatorischen Vulkan leben, ohne an den Ängsten – und nicht nur an den Dämpfen, die er ausströmt – zu ersticken? In der Risikogesellschaft wird der Umgang mit Angst und Unsicherheit biographisch und politisch zu einer Schlüsselqualifikation.

5. Kapitalismus ohne Klassen:

nicht zu verwechseln mit einer alle sozialen Konflikte beschönigenden Utopie – bedeutet die zunehmende Verschärfung der sozialen Ungleichheit (vgl. neue Armut) bei gleichzeitiger massenhafter Vereinzelung bzw. «Individualisierung» des Schicksals. Die «Solidarität der Angst» ist bisher kaum als konkrete soziale Kraft in Erscheinung getreten. Demgegenüber hat kollektiv erfahrene Verschlechterung der Lebenslage, materielle Not, bisher zur Klassenbildung und schliesslich

zum organisierten Zusammenschluss der Arbeiterklasse, zur «Solidarität der Not», geführt – so die traditionelle Auffassung und Erfahrung von «Klasse», die im Sinne des 19. Jahrhunderts und beginnenden 20. Jahrhunderts verstanden sein soll. (Über diesen Klassenbegriff liesse sich allerdings streiten. sic.)

6. Arbeitslosigkeit ohne politischen Aufschrei – neue Armut hinter den eigenen vier Wänden. Die soziale Ungleichheit nimmt erneut und in erschreckendem Mass zu. Die Zahlen sind da, aber man weiss nicht, wo die Menschen sind. Die Gegensätze sozialer Ungleichheit tauchen als Gegensätze zwischen Lebensabschnitten innerhalb ein und derselben Biographie wieder auf. Was früher Gruppenschicksal war, wird heute sozusagen biographisch querverteilt, als lebensphasenspezifisches Einzelschicksal wegindividualisiert. Arbeitslosigkeit wird den Menschen als persönliches Schicksal aufgebürdet und ohne politischen Aufschrei hingenommen.

Die lebensphasenspezifische Verteilung kennzeichnet auch die neue Armut. Sie bleibt ins Private gewendet. Nicht klar ist, was schlimmer ist, entdeckt zu werden oder nicht entdeckt zu werden. Die neue Armut verschwindet in ihrer Stummheit und wächst in ihr. Was hinter den Zahlen über neue Armut und Arbeitslosigkeit steht, ist mit der Individualisierung hinter den Mauern des Einzelfalls immer schwerer hervorzuholen.

7. Die Arbeiterbewegung ist von der Strasse in die Gänge der Ämter verlegt worden.

Auch der ehemalige «Klassenkampf» wird individualisiert. Am Beispiel des Arbeitsrechts gezeigt: Mit der rechtlichen Durchsetzung verschiedener

Arbeitnehmerinteressen sind auch vielfältige individuelle Rechte entstanden (Kündigungsschutz, Arbeitslosenversicherung usw.), die der einzelne im Gang zum Arbeitsamt usw. und notfalls zum Gericht individuell einholen oder einklagen muss. Die Arbeiterbewegung ist sozusagen durch die Verrechtlichung von der Strasse in die Gänge der Ämter verlegt worden und findet hier als Warten, Sitzen, Warten... statt. Der zuständige Beamte bearbeitet das ehemalige «Klassen-schicksal» in den individualisierenden Rechtskategorien des «Einzelfalls».

8. *Das politische Potential der sich entfaltenden Privatsphäre.*

Längst ist nachgewiesen, dass der Lebensschwerpunkt der arbeitenden Menschen in der Familie und nicht in der Erfahrung der Lohn- und Industriearbeit liegt. Die über Kultur- und Freizeitindustrie forcierte Entfaltung der Privatsphäre ist aber nicht nur eine Ideologie, sondern auch eine reale Chance der Selbstgestaltung von Lebensbedingungen. Dieser Prozess hat nur seinen Anfang bei einem familialen Privatismus, kann aber eine Eigendynamik entwickeln, die schliesslich den Privatismus von innen her politisch auflädt und die Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit ausdehnt oder zerfliessen lässt. Das gesellschaftliche-politische Gefüge wird durch eine permanente Praxis des «Andersmachens im kleinen» unter Veränderungs- und Anpassungsdruck gesetzt.

Die politische Macht der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung beruht auf dem im Streik organisierten Vorenthalten der Arbeitsleistung. Das politische Potential der sich entfaltenden Privatsphäre liegt demgegenüber in der Wahrnehmung von Selbstgestaltungsmöglichkeiten, liegt dar-

in, tiefsitzende kulturelle Selbstverständlichkeiten durch die direkte Tat des Andersmachens zu verletzen und zu überwinden. (Als Beispiel führt Beck die «Macht» der Frauenbewegung an mit ihrer «Politik der Nadelstiche».)

9. *Die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen ist ab jetzt unauslöschbar sichtbar.*

Das heisst aber noch lange nicht, dass damit die Aufhebung dieser Ungleichheit nun ihren Anfang nähme. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist nicht in institutionellen Strukturen zu schaffen, die die Ungleichstellung von Männern und Frauen voraussetzt. Zum Beispiel würde die wirklich durchgesetzte Arbeitsmarktgesellschaft, die – gemäss eigener Definition – allen Frauen und Männern eine eigenständige Existenzsicherung ermöglicht, die sowieso schon skandalösen Arbeitslosenzahlen um ein Mehrfaches emporschnellen lassen. Das heisst, Frauen wären zwar freigesetzt von der Eheversorgung, aber nicht frei zu einer eigenständigen Sicherung durch Erwerbsarbeit.

10. *Das Nichtpolitische wird politisch.*

Fragen, die in den Hoheitsbereich betrieblichen Managements fallen, Produktgestaltung, Produktionsverfahren, Energiearten und Abfallbeseitigung, werden zu «heissen Eisen» der Regierungspolitik. Heutige Politik versucht industrielle Risiken zu bekämpfen nach dem Modell der Armutsbekämpfung im 19. Jahrhundert. Wie damals soziale Risiken durch den Aufbau des Sozialstaates begrenzt werden konnten, sollen heute durch verschärfte ökologische Gesetzgebung – durch eine ökologische Variante des Sozialstaates – die industriellen Risiken

in Schranken gehalten werden. Dabei ergeben sich grundlegende Schwierigkeiten:

– Mit den Bedrohungen wächst die «dirigistische Politik des Ausnahmezustandes». Es entsteht die Tendenz zu einem «legitimen» Totalitarismus der Gefahrenabwehr bzw. zu einem bürokratisch autoritären Wissenschaftsstaat.

– Die Kompetenzen verbleiben nach wie vor beim betrieblichen Management – darauf beruht ja gerade das Modell der Industriegesellschaft! In den Bereich der öffentlichen Verantwortung und Kontrolle fallen bloss die Folgewirkungen. Damit werden die politischen Institutionen zu Sachverwaltern einer Entwicklung, die sie weder geplant haben noch gestalten können, aber doch irgendwie verantworten müssen. Die Entscheidungen in Wirtschaft und Wissenschaft dagegen werden mit einem effektiven politischen Gehalt aufgeladen, für die die Akteure über keinerlei Legitimation verfügen.

Denkbare künftige Aufgaben der Gewerkschaften in diesem Zusammenhang wären:

– Institutionalisierung der permanenten Risikoanalyse und Technikkritik vor Ort, d.h. in den Betrieben selbst.

– Verhandlungen über ökologische Schadensbegrenzung analog zu den Lohnverhandlungen.

Die neue Abhängigkeit

Der Mensch könne und solle sich befreien aus einer «selbstverschuldeten Unmündigkeit», indem er den Mut aufbringe, sich seines «eigenen Verstandes zu bedienen». Dies war der Gedanke der Aufklärung, der einst allem Fortschritt voranleuchten sollte. Er hat das Ziel verfolgt, die Furcht von den Menschen zu nehmen, sie von den Zwängen der Natur zu befreien und sie als Herren einzu-

setzen. Wissen statt Einbildung sollte die bedrohlichen Gestalten des alten Aberglaubens und die Mythen auflösen und damit die fremden Gefahren bannen. Im Unterschied zu allen früheren Kulturen, schreibt Beck, sei die Gesellschaft heute im Umgang mit Risiken nicht mehr mit «extern» bedingten Gefahren (Götter, Teufel, Natur) konfrontiert, sondern mit sich selber: «Risiken sind historisches Produkt.» Der Ursprung der Gefahren liege also nicht mehr im Äusseren, Fremden, Nichtmenschlichen, sondern in der historisch gewonnenen Fähigkeit der Menschen zur Selbstveränderung, Selbstgestaltung, letztlich aber auch zur Selbstvernichtung allen Lebens dieser Erde. Die Quellen der Gefahren seien nicht länger Nichtwissen, Einbildung und Aberglauben, sondern das Wissen, dessen Macht diese Entwicklung erst möglich machte. Mit dem Anwachsen der Risiken würden wir dazu gezwungen wahrzunehmen, dass wir selber Akteure unseres Schicksals seien, Akteure der technischen Entwicklung, die wir auslösten, Akteure, die Entscheidungen treffen müssten. Mit der Risikogesellschaft gewinne die Selbstverantwortung

an Bedeutung. Letztlich sei damit auch eine neue Phase der Aufklärung verbunden – hofft Beck.

«In den Dingen unseres Alltags kichern Schad- und Giftstoffe und treiben wie die Teufel im Mittelalter ihr Unwesen.»

Das ist aber nur die eine Seite. Die andere Seite: Zunehmend werde der Einzelne von Verhältnissen abhängig, die sich vollständig seiner eigenen Entscheidung entziehen: Katastrophen wie Tschernobyl, Schweizerhalle steht er machtlos gegenüber. Moderne Risiken, folgert Beck weiter, produzierten eine neue Art von Abhängigkeit, von Zugewiesenheit, die praktisch ans Mittelalter erinnere, nur dass dieses Mittelalter jetzt Produkt der fortschrittenen Moderne sei.

«Die Bedrohungen der Zivilisation lassen eine Art neues «Schattenreich» entstehen, vergleichbar mit den Göttern und Dämonen der Frühzeit.» Anstelle der Dämonen sind es die toxischen Gehalte, die uns verfolgen bis in die Träume hinein. «Überall kichern Schad- und Giftstoffe und treiben wie Teufel im Mittelalter ihr Unwesen.»

Von «Gefährdungslage als Gefährdungsschicksal» und von «selbstverschuldetem Schicksal der Risikounmündigkeit» ist in diesem Zusammenhang bei Beck die Rede – womit wir wieder dort angelangt wären, wo Aufklärung einst ihren Anfang nahm. Mit dem Unterschied allerdings, dass die «selbstproduzierten Gefahren» gegenüber den ursprünglichen, fremden, «externen» Gefahren perfekt, total – im wahrsten Sinne des Wortes – geworden sind. Das Fürchten, von dem die Aufklärung die Menschen befreien wollte, hätten wir wohl erst wieder richtig zu lernen.

Wie wäre es wohl, hätten wir noch einmal die Wahl – wenn wir sie überhaupt je gehabt haben: Lieber gepiesakt von Teufeln, vorstellbar samt Haut, Haaren und heissem Höllenatem – und sei dies alles noch so sehr Einbildung, gar suggeriert von den Herrschenden? Oder: Wären wir lieber den Gefahren ausgesetzt, die wir nicht vorstellen, von denen wir nur noch wissen können in Form kalter Zahlen und Formeln – in der überprüften Gewissheit allerdings, dass wir uns diese Gefahren nicht nur einbilden?

SPD-Parteitag: Die Stunde Hans-Jochen Vogels

Ein Denkmäler für Oskar Lafontaine

Von Horst Hartmann

Das Treffen in Münster war ein Ereignis für die SPD, kein Tag wie jeder andere. Als erste Partei in Deutschland bietet die demokratische Linke den Frauen mit der Quotenregelung eine Chance, nicht nur das Fussvolk zu stellen, sondern bis 1992 auch 40 Prozent aller Parteiamter zu übernehmen. Die-

ser Entschluss wurde mit 362 gegen 54 Stimmen angenommen. Zwei Prominente wurden Opfer dieser Regel: Hans Apel, stellvertretender Fraktionsvorsitzender in Bonn, und der ehemalige Geschäftsführer und «Schnelldenker» Peter Glotz.

Die Marschrichtung gab – wie kaum anders zu erwarten –

Hans-Jochen Vogel an, der in seinem Amt als Parteivorsitzender mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt wurde. Die Geschlossenheit der Partei ist vor allem das Verdienst seiner Fähigkeit zur Integration, dabei hat man ihn allzu lange schnöde als Oberlehrer abgekanzelt. In seinen